

# GESAMTPERSONALRAT AKTUELL

Mitteilungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und  
Interessenvertretungen der bremischen Verwaltungen und Betriebe



Auskunft erteilt: Doris Hülsmeier  
Telefon: 361-6332

**-Rundschreiben Nr. 18 vom 11. Juli 2011**

---

## Koalitionsvereinbarung 2011-2015

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Koalitions- und Regierungsbildung ist noch vor den Sommerferien abgeschlossen worden. Damit sind auch die Rahmenbedingungen beschrieben, die SPD und Grüne für den öffentlichen Dienst vorsehen. Die Stellungnahmen bzw. Presseerklärungen der Gewerkschaften zur Koalitionsvereinbarung von SPD und GRÜNEN findet ihr in der Anlage

Die Koalitionsvereinbarung von SPD und GRÜNEN für die Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft von 2011 bis 2015 zeigt nach Einschätzung des Gesamtpersonalrats ein widersprüchliches Bild: Die Koalitionsparteien formulieren hohe Ansprüche an die Qualität öffentlicher Dienstleistungen und haben sich in den fachpolitischen Teilen eine Reihe von Verbesserungen zum Ziel gesetzt.

Völlig unvereinbar damit ist, dass die Koalition ihre Politik bedingungslos den Regeln der Schuldenbremse unterordnen will und dazu u. a. massive Kürzungen der Personalausgaben vorsieht. Weitere 800 Vollzeitstellen sollen bis 2014 im Kernhaushalt gestrichen werden. Auch den Eigenbetrieben und Sonderhaushalten sollen erhebliche Kürzungen abverlangt werden. Die Umsetzung dieser Personalkürzungen bedeutet anhaltende negative Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger: längere Bearbeitungs- und Wartezeiten, weniger Öffnungszeiten, weniger soziale Gestaltung, weniger Bildung, weniger Sicherheit, weniger Prävention - kurz: weniger Leistungen und geringere Qualitätsstandards. Auch die Einnahmesicherung bleibt nicht verschont. Wenn die Politik das alles tatsächlich will, muss sie die Verantwortung für die Auswirkungen übernehmen und Farbe bekennen. Es darf nicht - wie bisher - den Beschäftigten und ihren Vorgesetzten überantwortet werden, für die Folgen von Stellenkürzungen den Kopf hinzuhalten.

Der Gesamtpersonalrat wehrt sich entschieden dagegen, dass die Kürzungen auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen. Besonders kritisch sehen wir die Kopplung von Einkommensentwicklung und Stellenkürzungen im Koalitionsvertrag. Die Arbeitsbelastung ist



Seite 1 von 2

Gesamtpersonalrat  
für das Land und die Stadtgemeinde Bremen  
Knochenhauerstr. 20/25  
28195 Bremen  
Fax: 496-2215  
E-Mail: [gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de](mailto:gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de)  
Internet: [www.gesamtpersonalrat.bremen.de](http://www.gesamtpersonalrat.bremen.de)



ohnehin schon hoch und darf nicht nach Kassenlage ins Uferlose ausgeweitet werden. Gleichzeitig muss gute Arbeit fair bezahlt werden. Der Verantwortung für uns Beschäftigte darf sich die Koalition nicht entziehen.

Die Koalition hat zum „Personal“ weitere problematische Vorstellungen formuliert, wie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Beamtinnen und Beamten.

Zu den positiven Aspekten der Vereinbarung gehört, dass Rot-Grün in den Leitlinien zur Personalpolitik u. a. auf Personalentwicklung, Gesundheitsmanagement und familienfreundliche Arbeitsstrukturen zielt und sich zu Beschäftigtenbeteiligung und zur Stärkung der Mitbestimmung bekennt. Wenn dies zu besseren Arbeitsbedingungen, aber auch zur konstruktiven Weiterentwicklung öffentlicher Dienstleistungen und zu einer besseren Arbeitsorganisation beitragen kann, sollten wir dies offensiv nutzen.

Erste aktuelle Rückmeldungen zeigen jedoch, dass vor Ort vielfach ein anderer Weg beschritten wird: Rigoros werden Kürzungen umgesetzt, z. T. ohne Beteiligung und ohne Mitbestimmung, mit erheblichen negativen Auswirkungen auf Beschäftigte und die AdressatInnen unserer Dienstleistungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen nicht aufgeben. Gegen die anhaltende Kürzungspolitik können wir uns nur gemeinsam zur Wehr setzen und in Zusammenarbeit mit unseren Gewerkschaften. Es ist dabei ganz wichtig, auch die Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen.

Unser weiteres Vorgehen wollen wir gemeinsam im **GPR-Arbeitskreis „Zukunftssicherung öffentlicher Dienstleistungen“** am **24. August 2011 um 13.30 Uhr** beraten. Wir wünschen uns eine zahlreiche Teilnahme.

Mit besten Wünschen für schöne erholsame Sommerferien,

kollegiale Grüße

Doris Hülsmeier  
Vorsitzende

**Anlagen**